Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
03.02.2010
Ausschussbetreuender Fachbereich
Angelegenheiten der Gemeindeverfassung
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 19.01.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:06 Uhr - 19:04 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17.11.2009 - öffentlicher Teil

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.12.2009 - öffentlicher Teil
0002/2010

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

5. Haushalt 2010; Einbringung der Entwürfe
1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2010
2. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2010

a) des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach
b) des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach
c) des Fachbereiches Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Bergisch Gladbach
0006/2010

6. Eröffnungsbilanz der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008
0582/2009

8. Bestellung der Ratsmitglieder für den Integrationsrat
0571/2009

9. Änderung der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses
hier: Tausch der auf Vorschlag des Deutschen Kinderschutzbundes gewählten Mitglieder
0579/2009

10. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen
10.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 26.11.2009 auf Umbesetzung in den Ausschüssen bzw. den Beteiligungsgesellschaften
0588/2009

10.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 04.01.2010 zur Ergänzung der Stellvertreterlisten in den Ausschüssen des Rates
0007/2010

11. Anträge der Fraktionen
11.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.12.2009, die Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach zu ändern
0004/2010

11.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 04.01.2010 zu Benutzungsgebühren in städtischen Schwimmbädern
0008/2010

7. Einwohnerfragestunde
0001/2010

12. Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet die vierte Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode.

Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die heutige Sitzung hat sich Frau Bischoff (CDU-Fraktion) entschuldigt. Außerdem fehlt Frau Hammelrath (SPD-Fraktion).

Herr Urbach benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 06.01.2010 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die mit Schreiben vom 14.01.2010 übersandte aktualisierte Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen und dem Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses zur Eröffnungsbilanz der Stadt Bergisch Gladbach und einer aktualisierten Fassung der Vorlage 0010/2010 (TOP B 5), gegen die die mit der Einladung übersandte Vorlage auszutauschen sei,
- die Entwürfe der Haushaltssatzung, der Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der Zielsteuerung 2010 als Tischvorlagen,
- eine Ergänzung zur Vorlage 0005/2010 (TOP B 4) als Tischvorlage sowie
- die Eröffnungsbilanz als Tischvorlage.

Zudem sei am 15.01.2010 eine schriftliche Anfrage von Herrn Buchen beim Bürgermeister eingegangen, die unter TOP A 12 beantwortet werde. Der Fragenkatalog werde der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17.11.2009 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17.11.2009 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.12.2009 - öffentlicher Teil

0002/2010

Herr Urbach verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

„Zu TOP 9
Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Bergisch Gladbach - Stadtmitte – Beschluss über die Erweiterung des Geltungsbereiches des Sanierungsgebietes
0520/2009
und
Zu TOP 10
Bebauungsplan Nr. 121 - Alt Frankenforst - 3. Vereinfachte Änderung

- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
0472/2009
Die Satzungen wurden am 12.01.2010 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadtanzeiger öffentlich bekannt gemacht und sind damit rechtskräftig."

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zur Verlegung der kommenden Sitzung des Rates und zur 19. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW

Herr Urbach teilt mit, die Mitgliederversammlung des StGB NRW finde im Rahmen des Gemeindekongresses am 23.03.2010 in Essen statt. Dies habe der StGB NRW gegenüber der Verwaltung angekündigt; eine offizielle Einladung liege jedoch noch nicht vor. Wegen der besonderen Bedeutung dieser Veranstaltung **werde die kommende Sitzung des Rates vom 23.03.2010 auf Donnerstag, den 25.03.2010 verlegt**. An diesem Tag finde zwar auch eine Sitzung des Landtages NRW statt; dies sei jedoch mit Frau Hammelrath besprochen worden.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. Haushalt 2010; Einbringung der Entwürfe
1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2010
2. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2010
a) des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach
b) des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach
c) des Fachbereiches Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Bergisch Gladbach
0006/2010

Herr Urbach überträgt die Sitzungsleitung auf die Erste stellvertretende Bürgermeisterin Frau Koshofer und hält seine Rede zur Einbringung des Haushalts 2010.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Urbach übernimmt daraufhin wieder die Sitzungsleitung.

Es folgt die Haushaltsrede von Herrn Mumdey.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Urbach verweist auf den Beschlussvorschlag, die Entwürfe der Haushaltssatzung und der Wirtschaftspläne 2010 ohne Aussprache zur Beratung an die Fachausschüsse zu überweisen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Entwürfe der Haushaltssatzung 2010 und der Wirtschaftspläne 2010 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach, des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach und des Fachbereiches Grundstückswirtschaft

und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Bergisch Gladbach werden zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

Herr Mömkes dankt im Namen der CDU-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die enorme Leistung insbesondere bei der Aufstellung der Investitionspläne. Er wisse, dass dies äußerst schwierig gewesen sei, zumal alle Fachbereiche große Abstriche machen mussten.

6. Eröffnungsbilanz der Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008

0582/2009

Herr Haasbach bedankt sich bei der Verwaltung und dem Wirtschaftsprüfer für die umfassende Information in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Herr Ziffus erläutert, die Eröffnungsbilanz verdeutliche den insgesamt schlechten Zustand der Bergisch Gladbacher Infrastruktur. Die Stadt habe in den vergangenen Jahrzehnten nicht die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Wer in guten Zeiten keine regelmäßigen Erhaltungsmaßnahmen durchführe und auch keine Rücklagen bilde, der dürfe sich in schlechten Zeiten nicht über Schwierigkeiten wundern. Die Stadt hätte sich durch antizyklisches Verhalten besser vorbereiten müssen.

Herr Nagelschmidt erläutert, Herr Haasbach habe in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses dahingehend Einvernehmen herzustellen versucht, dass der Wirtschaftsprüfer nicht auch in der Ratssitzung anwesend sein müsse, um dadurch Kosten zu sparen. Dies sei jedoch durch die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) verhindert worden. Herr Lang habe bisher keine Fragen an den anwesenden Wirtschaftsprüfer gerichtet.

Herr Lang entgegnet, er habe als Mitglied der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) im Rechnungsprüfungsausschuss keine Entscheidungen treffen können, die vorher nicht in der Fraktion beraten worden seien. Er habe deshalb darauf aufmerksam gemacht, sich dazu nicht äußern zu können und dass das Informationsrecht der Ratsmitglieder aber verletzt werden könnte, wenn keine Gutachter anwesend seien. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) habe dann jedoch nach der Sitzung kurzfristig besprochen, dass sie auf die Anwesenheit der Gutachter in der Ratssitzung verzichten könne und dies auch mitgeteilt. Die Gutachter hätten also wieder abbestellt werden können, wobei er nicht wisse, ob dies auch geschehen sei. Selbstverständlich wolle auch die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) Haushaltmittel einsparen.

Dies wird von Herrn Santillán bekräftigt. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) werde sich in der Abstimmung über den Beschlussvorschlag enthalten, da man die Eröffnungsbilanz zwar benötige, diese jedoch „geschönt“ und daher nicht aussagekräftig sei.

Herr Urbach weist darauf hin, der Rat solle zunächst über die Ziffer 1., dann über Ziffer 2. Buchstaben a) und b) und dann über Ziffer 2. Buchstabe c) des Beschlussvorschlages gesondert abstimmen. Wegen Befangenheit würden Herr Orth und er selbst sich an der Abstimmung über Ziffer 2. Buchstabe c) des Beschlussvorschlages nicht beteiligen.

Der Rat zeigt sich mit diesem Verfahrensvorschlag einvernehmlich einverstanden.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

1. **Der Rat nimmt das Ergebnis der Prüfung der Eröffnungsbilanz durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis (Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses vom 13. Januar 2010).**

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

2. **Der Rat beschließt gemäß § 92 Absatz 1 und § 96 Absatz 1 GO NRW :**

   a) **Die Eröffnungsbilanz der Stadt Bergisch Gladbach zum 01. Januar 2008 wird in der am 02. Dezember 2009 durch die Wirtschaftprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott KG und am 13. Januar 2010 im Rechnungsprüfungsausschuss bestätigten Fassung festgestellt.**

   b) **Im Verfahren der überörtlichen Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Gemeindeprüfungsanstalt nach § 92 Absatz 6 GO NRW erforderlich werdende Bilanzkorrekturen erfolgen gemäß § 92 Absatz 7 GO NRW im Rahmen zukünftiger Jahresabschlüsse.**

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss** (Herr Orth und Herr Urbach beteiligen sich an der Abstimmung nicht):

   c) **Dem Bürgermeister wird Entlastung hinsichtlich der Aufstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Bergisch Gladbach zum 01. Januar 2008 erteilt.**

8. **<u>Bestellung der Ratsmitglieder für den Integrationsrat</u>**
0571/2009

Herr Urbach erläutert, die sieben vom Rat aus seiner Mitte bestellten Mitglieder des Integrationsrates sollten gleichzeitig mit den 14 am 07.02.2010 (Wahl zum Integrationsrat) zu wählenden Mitgliedern ihre Tätigkeit aufnehmen. Da vor diesem Datum voraussichtlich keine weitere Sitzung des Rates stattfinde, solle der Rat die Bestellung bereits heute vornehmen. Die Zahl der zu bestellenden Ratsmitglieder könne nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren auf die Fraktionen verteilt werden. Dann könne die CDU-Fraktion drei Ratsmitglieder, die SPD-Fraktion zwei Ratsmitglieder und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie die FDP-Fraktion jeweils ein Ratsmitglied benennen.

Herr Mömkes benennt für die CDU-Fraktion Herrn Wagner, Frau Münzer und Herrn Schütz.

Herr Waldschmidt benennt für die SPD-Fraktion Frau Schöttler-Fuchs und Frau Schneider. Herr Waldschmidt fragt, ob auch Stellvertreter zu benennen seien, was von Herrn Urbach verneint wird.

Herr Ziffus benennt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer.

Herr Dr. Fischer benennt für die FDP-Fraktion Herrn Jentsch.

Der Rat fasst einstimmig einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

Der Rat bestellt die folgenden sieben Ratsmitglieder als Mitglieder des Integrationsrates:

1. **Hermann-Josef Wagner**
2. **Mechtild Münzer**

3. **Fabian Theodor Schütz**
4. **Brigitte Schöttler-Fuchs**
5. **Waltraud Schneider**
6. **Anna Maria Scheerer**
7. **Boris Jentsch**

9. Änderung der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses hier: Tausch der auf Vorschlag des Deutschen Kinderschutzbundes gewählten Mitglieder
0579/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, dass die auf Vorschlag des Deutschen Kinderschutzbundes gewählten Mitglieder im Jugendhilfeausschuss, Herr Bilski und Frau Ibe, ihre Plätze tauschen.

10. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

10.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 26.11.2009 auf Umbesetzung in den Ausschüssen bzw. den Beteiligungsgesellschaften
0588/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird angenommen.

10.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 04.01.2010 zur Ergänzung der Stellvertreterlisten in den Ausschüssen des Rates
0007/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion KIDitiative wird angenommen.

11. Anträge der Fraktionen

11.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.12.2009, die Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach zu ändern
0004/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird ohne Aussprache an den Vergabeausschuss sowie an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

11.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 04.01.2010 zu Benutzungsgebühren in städtischen Schwimmbädern
0008/2010

Herr Schütz erläutert, die Fraktion KIDitiative beantrage nicht die Einführung von Benutzungsgebühren, sondern die Erteilung eines Prüfauftrages an die Verwaltung, damit der Rat in seinen Haushaltsplanberatungen die entsprechenden Zahlen zur Verfügung habe. Er bittet darum, den Antrag auch an den Haupt- und Finanzausschuss (Sitzung am 18.03.2010) zu überweisen.

Herr Neu entgegnet, es sei bekannt, dass keine kostendeckenden Gebühren erhoben werden könnten. Die Stadt müsse zu jedem einzelnen Schwimmbadbesuch fünf Euro zuschießen. Dies sei in bundesweiten Vergleich – 9,80 EUR – ein guter Durchschnitt. Kostendeckende Gebühren würden den Ruin für die Schwimmsport treibenden Vereine bedeuten. Als Beispiel führt Herr Neu die Behindertensportgemeinschaft an, die für das Anbieten von Kursen bei kostendeckenden Gebühren in Höhe von 300,- EUR pro Badstunde und Schwimmbahn – bei zwei Wochenstunden – 24.000,- EUR jährlich zu entrichten hätte. Ein solcher Betrag könnte von den 30 Mitgliedern des Vereins nicht getragen werden. Die aufgeführten Zahlen seien kein Geheimnis, sondern könnten den Unterlagen des Stadtsportverbandes entnommen werden. Vor diesem Hintergrund fordert Herr Neu die Fraktion KIDitiative auf, den Antrag zurückzuziehen, da er unnötigen Verwaltungsaufwand verursache.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, die FDP-Fraktion halte den Gedanken der Fraktion KIDitiative für überlegenswert. Der Rat solle den Antrag an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport überweisen.

Herr Lang erläutert, es würde außer der Fraktion KIDitiative wohl niemand diesem Antrag folgen. Er fragt, ob der Antrag darauf hinauslaufen solle, von die Vereinsmitgliedern kostendeckende Gebühren zu erheben und von den übrigen Badbenutzern nicht. Dies wäre unsinnig und rechtswidrig. Er bemühe sich schon seit Jahren, von der Verwaltung Auskunft zu erhalten, welche Kosten für die Benutzung durch Sportvereine entstehen. Die Verwaltung habe immer wieder darauf verwiesen, dies nicht feststellen zu können. Wenn dies stimme, entstehe durch den Antrag tatsächlich nur unnötiger Verwaltungsaufwand.

Herr Ziffus erläutert, die Beratung solle in den Ausschüssen stattfinden. Wenn sozial Schwache oder Familien gezielt gefördert würden und ein sozialer Ausgleich stattfinden würde – beispielsweise in Form eines Löwenpasses – könne man auch über kostendeckende Gebühren in Schwimmbädern diskutieren. Ein solcher Ausgleich ließe sich auf kommunaler Ebene jedoch nur schwer herstellen.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, warum der Rat sich nicht an die ortsrechtlichen Regelungen halte und den Antrag nicht ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss überweise. Auch er halte eine zusätzliche Überweisung an den Haupt- und Finanzausschuss für sinnvoll.

Dies wird von Herrn Urbach bekräftigt.

Herr Schütz weist darauf hin, dass die Verwaltung in der Vorlage vorschlage, den Antrag an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport zur Behandlung in der Sitzung am 27.04.2010 zu überweisen. Diese Sitzung sei auf den 16.03.2010 verschoben worden. Daher solle der Antrag an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport zur Behandlung in der Sitzung am 16.03.2010 und an den Haupt- und Finanzausschuss zur Behandlung in der Sitzung am 18.03.2010 überwiesen werden. Die Fraktion KIDitiative ziehe ihren Antrag nicht zurück.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport zur Behandlung in der Sitzung am 16.03.2010 sowie an den Haupt- und Finanzausschuss zur Behandlung in der Sitzung am 18.03.2010 überwiesen.

7. **<u>Einwohnerfragestunde</u>**
0001/2010

Herr Urbach erläutert, es lägen Einwohnerfragen von Herrn Hoffmann vor. Er werde die Fragen verlesen und beantworten. Herr Hoffmann habe diese Fragen an den Bürgermeister gerichtet zur Beantwortung in der Ratssitzung am 17.12.2009. Zu dieser Sitzung sie das Schreiben jedoch erst nach Fristablauf eingegangen, weshalb die Beantwortung in der heutigen Sitzung erfolge. Herr Urbach zeigt sich verwundert darüber, dass Herr Hoffmann offensichtlich Kenntnis über den Inhalt nicht öffentlicher Vorlagen habe. Die Antworten des Bürgermeisters würden jedoch derart formuliert, dass sie im öffentlichen Teil der Sitzung erfolgen können.

Herr Hoffmann wolle wissen, warum vor einigen Jahren die Besoldung des hauptamtlichen Bürgermeisters von Besoldungsgruppe B 7 auf Besoldungsgruppe B 8 angehoben worden sei.

Frage von Herrn Hoffmann: „Ist es der Stadtverwaltung bekannt, weshalb es zu dieser Hochstufung des Gehaltes kam?“

Antwort des Bürgermeisters: „Die Eingruppierung der Ämter der Bürgermeister erfolgt nach der Verordnung über die Eingruppierung der kommunalen Wahlbeamten auf Zeit und die Gewährung von Aufwandsentschädigungen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände (Eingruppierungsverordnung – EingrVO NRW). Gemäß § 2 EingrVO erfolgt die Eingruppierung der Bürgermeister an Hand der Einwohnerzahlen. Infolgedessen ist der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin bei einer Einwohnerzahl zwischen 100.001 bis 150.000 Einwohner in die Besoldungsgruppe B 8 einzugruppieren. Es besteht kein Ermessen.“

Frage von Herrn Hoffmann: „Nach welcher Besoldungsstufe wird der aktuelle Bürgermeister Urbach bezahlt?“

Antwort des Bürgermeisters: „Ich wurde nach § 2 der EingrVO NRW entsprechend der Einwohnerzahl der Stadt Bergisch Gladbach von über 100.001 Einwohnern in die Besoldungsgruppe B 8 eingruppiert.“

Frage von Herrn Hoffmann: „Kann die Besoldung wieder auf B 7 herabgestuft werden, um die Stadt Bergisch Gladbach finanziell zu entlasten?“

Antwort des Bürgermeisters: „Eine Herabstufung käme in Betracht, wenn die Einwohnerzahl der Stadt Bergisch Gladbach unter einen Wert von 100.001 sinken würde. Allerdings ist eine Herabstufung der Eingruppierung des amtierenden Bürgermeisters nicht möglich. Gemäß § 9 der EingrVO NRW in Verbindung mit § 5 der Verordnung über die Zuordnung der Ämter der hauptamtlichen Wahlbeamten auf Zeit der Gemeinden, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Ämter und Kreise (Kommunalbesoldungsverordnung des Bundes – BKomBesV) behalten die im Amt befindlichen Beamten für die Dauer ihrer Amtszeit die Bezüge der bisherigen Besoldungsgruppe, selbst wenn sich die jeweils maßgebende Einwohnerzahl der Körperschaft verringert und die Körperschaft hierdurch in eine niedrigere Größenklasse fällt. Dies gilt zudem für die unmittelbar folgende Amtszeit im Falle einer Wiederwahl.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

12. <u>Anfragen der Ratsmitglieder</u>

Herr Buchen verliest seine auch schriftlich beim Bürgermeister eingereichten Fragen:

1. „Wie ist der aktuelle Stand in dem durch die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) angestrengten Rechtsstreit mit der Stadt Bergisch Gladbach bezüglich des besetzten Fraktionszimmers im Rathaus Bergisch Gladbach?“

2. „Wie viele Klagen hat das Ratsmitglied Heinz Lang in seiner Ratstätigkeit bereits gegen die Stadt Bergisch Gladbach eingereicht?“
3. „Wie viele davon hat er gewonnen bzw. verloren?“
4. „Welche Kosten sind den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt durch diese Gerichtsverfahren entstanden?“

Herr Urbach erläutert, dass Oberverwaltungsgericht NRW habe heute in der Angelegenheit entschieden und der Stadt in allen Punkten Recht gegeben. Der Beschluss sei unanfechtbar. Grundsätzlich würden in von Fraktionen angestrengten kommunalverfassungsrechtlichen Verfahren für die Stadt Kosten anfallen. Auch bei einem behördlichen Obsiegen in der Sache seien die Kosten eines derartigen Organstreitverfahrens in aller Regel von der Kommune zu tragen. Eine Gesamtsumme könne er ad hoc nicht benennen. Die weitere Beantwortung der Fragen erfolge im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Lang entgegnet, er habe nicht als Ratsmitglied Klage eingereicht; dies sei jeweils durch die Fraktion geschehen. Er lasse sich nicht davon abhalten, seine Rechte zu suchen, wenn er sich in diesen verletzt glaube. In Bezug auf die Bemühungen um eine Herabsetzung der Entwässerungsgebühren halte er eine Auskunft des Bürgermeisters für unzulässig, da es sich um eine Privatsache handele. Eine weitere Diskussion im nicht öffentlichen Teil der Sitzung könne daher unterbleiben.

Herr Urbach erläutert, er teile die Auffassung von Herrn Lang in Bezug auf seine privaten Bemühungen. Die übrigen Fragen werde er im nicht öffentlichen Teil der Sitzung aber unter Beachtung dessen beantworten.

<u>Herr Schütz: Anfrage zur Integrierten Gesamtschule Paffrath</u>

Herr Schütz erläutert, die Schulleiterin der IGP habe sich schriftlich an den Bürgermeister und die Fraktion gewandt mit der dringenden Bitte, die zugesagte kurzfristige Reparatur des Wasserschadens in den naturwissenschaftlichen Räumen schnell vorzunehmen, um den Unterricht zu gewährleisten. Herr Schütz fragt, ob die Zusage des Bürgermeisters kurzfristig umgesetzt werde.

Herr Urbach antwortet, er habe nach Eingang des Schreibens sofort mit der Schulleiterin telefoniert und gestern habe ein Ortstermin an der IGP stattgefunden. Herr Schmickler berichtet, dieser Termin habe der Abstimmung mit der Versicherung gedient. Die Versicherung habe gestern noch keine endgültige Zusage gegeben. Wenn bis zum nächsten Termin am 22.01.2010 noch keine positive Entscheidung vorliege, werde die Stadt die Anteile vorfinanzieren und damit die Beseitigung der Feuchtigkeitsschäden einschließlich Maßnahmen an der Entlüftungsanlage etc. sofort in Angriff nehmen. Herr Schmickler verweist ergänzend auf die Investitionsplanung, in der auch das Thema „Naturwissenschaften IGP“ für die Jahre 2010/2011 vorgesehen sei. Diese grundsätzliche Sanierung setze dann aber einen entsprechenden Beschluss des Rates voraus.

Herr Dr. Miege ergänzt, die Schäden seien am 02.11.2009 und 10.11.2009 aufgetreten. Er habe zum ersten Mal am 17.11.2009 eine entsprechende Anfrage gestellt, zu der ihm am 01.12.2009 ein Zeitplan und eine Sanierungsphase versprochen worden seien. Am 17.12.2009 habe er eine zweite Anfrage eingebracht, worauf ihm am 11.01.2010 eine Antwort zugesandt wurde, in der wiederum kein Termin benannt wurde, sondern auf „eine weitere schwierige Zeitschiene“ verwiesen worden sei. Am 15.01.2010 sei der Brief der Schulleitung eingegangen, der verdeutliche, dass es nicht um die grundsätzliche Sanierung gehe, sondern darum, dass seit dem 02.11.2009 vierzehn Fachräume der Schule nicht mehr benutzbar seien, so dass die gesamte Unterrichtsplanung einschließlich der Abiturvorbereitung in diesem Rahmen kaum oder gar nicht möglich sei. Die Schulleiterin habe außerdem deutlich gemacht, dass die Ausweichräume nicht geeignet seien, den Unterricht wahr zu nehmen. Er frage daher noch einmal, wann die Arbeiten zur Wiederherstellung der Nutzbarkeit der

Räume tatsächlich aufgenommen würden. Er habe mehrfach darauf hingewiesen, dass ein Notplan eventuell mit Auslagerung in Gang gebracht werden müsse.

Herr Urbach antwortet, die Situation sei natürlich unbefriedigend. Der Schaden sei im Zusammenhang mit Handwerksarbeiten entstanden und deshalb habe sich die Frage der Inanspruchnahme der Versicherung des Unternehmers gestellt. Dies gestalte sich jedoch als schwierig, da Vorschäden vorhanden gewesen seien; deshalb sei auch die Einschaltung von Gutachtern erforderlich gewesen. Es würde nun zeitnah eine Situation hergestellt, in der ordnungsgemäßer Unterricht stattfinden könne. Auch die weiteren Sanierungsmaßnahmen der Naturwissenschaften an der IGP hätten in der Investitionsplanung eine hohe Priorität.

Herr Dr. Miege weist darauf hin, dass nach seiner Information vor zwei Tagen auch im forum ein Wasserschaden eingetreten sei.

Herr Urbach erläutert, dies sei der Verwaltung bekannt.

Herr Dr. Winzen: Anfrage zur Einrichtung von Umweltzonen

Herr Dr. Winzen fragt, ob es in der Verwaltung Überlegungen gebe, mittel- oder langfristig Umweltzonen in Bergisch Gladbach einzuführen und wenn „Ja“, welche.

Dies wird von Herrn Urbach verneint.

Herr Komenda: Anfrage zum Kindergarten „Lauter Pänz“

Herr Komenda erläutert, der Kindergarten „Lauter Pänz“ werde zum Sommer geschlossen und es gebe große Probleme, die Kinder unterzubringen. Alle anderen Kindergärten in der Umgebung hätten Wartelisten mit 30 bis 40 Kindern, was sich durch die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren noch verschärfen werde. Er fragt, ob dieses Problem noch gelöst werde und wie es sich erklären lasse, dass gleichzeitig ein ebenfalls eingruppiger Kindergarten in Katterbach eine Betriebsverlängerung erhalte und der Kindergarten „Lauter Pänz“ nicht.

Herr Urbach antwortet, der Sachverhalt sei bekannt. Eine der Schwierigkeiten neben der reinen Kinderartenplanung liege darin, dass die Stadt die Hausmeisterwohnung wieder als solche nutzen wolle. Herr Hastrich ergänzt, derzeit werde mit den Eltern der betroffenen Kinder darüber gesprochen, wie die Aufnahme in den umliegenden Einrichtungen ab dem 01.08.2010 sichergestellt werden können. Die Wartelisten seien nicht aussagekräftig, da allgemein bekannt sei, dass eine Anmeldung der Kinder durch die Eltern in der Regel bei mehreren Kindertageseinrichtungen erfolge. Weil die Verwaltung einen Namensabgleich nicht vornehmen dürfe, orientiere sie sich an der Einwohnermeldedatei über die Kinderzahlen im Einzugsbereich der Einrichtungen. Diese Daten würden verdeutlichen, dass die Versorgung in dem Bezirk sichergestellt sei. In Katterbach sei die Situation bedingt durch die Versorgungssituation in Gronau und Hand anders. Dort müssten die Plätze erhalten bleiben, weshalb die eingruppige Einrichtung in Katterbach befristet fortgeführt werde.

Herr Komenda entgegnet, die Leitungen der vier Kindergärten im Bereich Kaule hätten sich immer abgesprochen, um Überschneidungen zu vermeiden. Die Zahlen seien also durchaus belastbar. Die Hausmeisterwohnung sei erst vor einigen Jahren umgebaut worden in einen Kindergarten und solle nun wieder zurückgebaut werden; dies könne er nicht nachvollziehen.

Herr Urbach entgegnet, nach seiner Kenntnis setze die Verwaltung damit einen Beschluss des Rates um.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Kindertagesstätte

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, wie die Verwaltung vor dem Hintergrund des Rechtsanspruches über ein Jahr alter Kinder auf einen Platz in einer Kindertagesstätte sicherstelle, dass genügend Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet würden bzw. eingestellt werden könnten.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung beobachte die Entwicklung sehr genau. Allerdings müsse die Stadt auf Grund der Haushaltslage nicht nur in diesem Fall dazu übergehen, von Bund und Land übertragene Aufgaben nur dann durchzuführen, wenn die dazu benötigten Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Niederschrift über die vergangene Sitzung

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, wann die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17.12.2009 den Ratsmitgliedern zugehe.

Herr Urbach antwortet, er habe die Niederschrift unterzeichnet. Diese werde den Ratsmitgliedern so schnell wie möglich übersandt.

Herr Lang: Anfrage zu Böden in Sporthallen

Herr Lang fragt, ob es zutreffe, dass Böden in Sporthallen durch eine Reinigungsfirma beschädigt worden seien und dass die Firma dafür in Anspruch genommen werden könnte, die Stadt aber auf eine Geltendmachung des Anspruches verzichte, weil bei der Firma „nicht zu holen sei“ und ob es vor diesem Hintergrund zutreffe, dass die Verwaltung die Firma möglicherweise nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgewählt habe. Zudem bittet er um Auskunft, wie die Verwaltung weiter verfahren wolle.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Santillán: Anfrage zu den „Punkern“

Herr Santillán erläutert, der Rat habe in der Sitzung am 17.11.2009 beschlossen, dass die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mir dem Rheinisch-Bergischen-Kreis kurzfristig ein kreatives Konzept entwickeln solle, um mit der Gruppe ins Gespräch zu kommen und prüfen solle, ob in Bezug auf die Haltung von Hunden in den städtischen Notunterkünften eine Ausnahmeregelung getroffen werden könnte. Dies sei auch in der Niederschrift über die Sitzung so wiedergegeben. Die Verwaltung habe seit dieser Sitzung nach seiner Kenntnis keinen Kontakt mit den „Punkern“ aufgenommen. Die Entscheidung des Rates sei offenbar ein „Feigenblattbeschluss“. Die Presse habe berichtet, dass der Rheinisch-Bergische-Kreis sich für nicht zuständig erklärt habe. Herr Santillán fragt, was unternommen worden sei, um den Beschluss des Rates umzusetzen, welche Anfragen und Vorschläge an den Rheinisch-Bergischen Kreis herangetragen worden seien, mit welcher Begründung sich der Kreis als unzuständig erklärt habe, wie die Verwaltung zumindest „ein Mindestmaß“ des Ratsbeschlusses umsetzen wolle und welches Konzept die Verwaltung erarbeitet habe.

Herr Urbach weist den Vorwurf zurück. Er habe eine Terminanfrage von der Gruppe erhalten und werde diesen Termin auch wahrnehmen. Die Situation sei schwierig, und dies habe die Gruppe auch

selbst verschuldet, weil sie Flächen in einem entsprechenden Zustand zurückgelassen habe. Seine Fragen in Bezug auf die Zuständigkeit des Kreises solle Herr Santillán an den Kreis richten.

Herr Hastrich ergänzt, der Rheinisch-Bergische Kreis habe ihm bisher keine Begründung für seine Unzuständigkeit benannt. Er versuche nach wie vor, den Kreis von dessen gesetzlicher Zuständigkeit zu überzeugen.

Herr Santillán entgegnet, die Initiative für das Gespräch sei von den Bewohnern des Bauwagenplatzes ausgegangen. Er habe die Antwort der Verwaltung so verstanden, dass kein Konzept erarbeitet worden sei, obwohl der Rat dies beschlossen habe. Er werde die Frage schriftlich an den Bürgermeister richten und erwarte eine ordentliche Beantwortung.

Herr Waldschmidt: Anfrage zum Bürgerhaushalt

Herr Waldschmidt fragt, wie der Bürgermeister mit den Bürgerinnen und Bürgern über den Haushalt, der erhebliche Belastungen vorsehe, zu beraten und zu diskutieren beabsichtige.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde auf Grund der bekannten Personalsituation in diesem Jahr das Verfahren analog zum vergangenen Jahr durchführen. Ein aufwendigeres Verfahren könnte derzeit nicht geleistet werden. Die Verwaltung habe einen erheblichen Personaleinsatz für die Erstellung der Investitionsplanung aufbringen müssen. Es sei zu überlegen, inwiefern für den Haushalt des kommenden Jahres, der im Oktober eingebracht werden solle, eine intensivere Bürgerbeteiligung organisiert werden könne. Er vertrete die Auffassung, dass die schwierige Haushaltssituation durch verstärkte Kommunikation dargestellt und transparent gemacht werden solle. Er werde beispielsweise das Thema „Investitionen in den Schulen“ in der Schulleiterkonferenz darstellen.

Herr Höring fragt, ob der Haushaltsplanentwurf in Kürze auch auf der Homepage der Stadt zur Verfügung gestellt werde, was von Herrn Urbach bejaht wird.

Frau Koshofer: Anfrage zur Entschlammung an Saaler Mühle, Kahnweiher und Paffrather Mühle

Frau Koshofer fragt, ob der Bürgermeister beabsichtige, die Betroffenen zum Thema Entschlammung an Saaler Mühle, Kahnweiher und Paffrather Mühle in die Diskussion einzubinden. Sie halte es für sinnvoll, dazu „runde Tische“ einzurichten, bei denen unter Umständen kostengünstige Lösungsmöglichkeiten gefunden werden könnten. Dabei könnte auch eine Lösung für die Grillhütte in Refrath gefunden werden.

Herr Schmickler antwortet, die Presseberichte seien in vielen Punkten nicht zutreffend. Die Problematik der Entschlammung bestehe darin, dass der Schlamm in Bergisch Gladbach relativ hohe Schwermetallgehalte aufweise, was die Entsorgung neben anderen Gründen verteuere. Die Entschlammung der drei Gewässer würde daher wahrscheinlich Kosten in siebenstelliger Höhe verursachen. Diese Ausgaben wären in wesentlichen Teilen freiwillig und insofern bedauerlicherweise derzeit nicht darstellbar. Auf Grund der hohen Kosten sei auch die Wahrscheinlichkeit gering, dass Dritte die Finanzierung unterstützen würden. Die Aussage der Presse, dass es in der Umgebung der Gewässer zu starken Geruchbelästigungen komme, könne er nicht bestätigen. In Bezug auf die Grillhütte in Refrath erläutert Herr Schmickler, der bisherige Mieter habe das Gebäude noch immer nicht frei gegeben und es liege auch noch keine endgültige gerichtliche Entscheidung vor. Daher habe die Stadt derzeit leider keinen unmittelbaren Zugriff auf das Gebäude und könne auch noch nicht an einer konkreten Nachfolgelösung arbeiten. Potentielle Interessenten würden natürlich eine zeitliche Perspektive verlangen, die die Stadt derzeit jedoch nicht darstellen könne.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zum Ergebnisplan 2008

Herr Nagelschmidt fragt, warum im Entwurf der Haushaltsatzung der Ergebnisplan 2008 fehle, ob dies für den Hauhalt 2010 nicht verpflichtend sei und ob der Ergebnisplan 2008 in den Haushalt 2011 aufgenommen werden solle.

Herr Mumdey antwortet, mit der Eröffnungsbilanz habe man eine Grundlage für die Entwicklung des Abschlusses 2008, der im Jahr 2010 erstellt werde. Bezüglich der Verpflichtung zur Aufstellung eines Ergebnisplanes für das Haushaltsjahr 2008 habe ein leitender Beamter im Innenministerium geäußert, dass das Innenministerium auch bei einer zwei- bis dreijährige Verspätung keine Veranlassung sehe, eine Ersatzvornahme vorzunehmen. Die Verzögerung sei in der Umstellung und der Eröffnungsbilanz begründet; die Folgen würden in diesem Jahr abgestellt.

Herr Höring: Anfrage zur Übernachtungssteuer

Herr Höring fragt, ob der Bürgermeister die Einführung einer Übernachtungssteuer plane.

Herr Urbach antwortet, das Hotelgewerbe werde die Senkung des Mehrwertsteuersatzes wahrscheinlich nicht auf die Übernachtungspreise umlegen, wodurch eine Erhöhung der Gewinne zu erwarten sei. Die Verwaltung prüfe derzeit, ob die Einführung einer Übernachtungssteuer in Bergisch Gladbach zweckmäßig wäre.

Herr Höring: Anfrage zur Bücherei Bensberg

Herr Höring fragt, wann in Bezug auf die Bücherei Bensberg mit einer Lösung zu rechnen sei.

Herr Urbach verweist auf eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Mömkes: Anfrage zur Saaler Mühle

Herr Mömkes fragt, wie die Verwaltung dem „Gänseproblem“ an der Saaler Mühle beikommen wolle, das sich in der letzten Zeit weiter verschärft habe. Mittlerweile seien nicht mehr nur die Wege, sondern auch die umliegenden Wiesen betroffen.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Ziffus: Anfrage zum Mutzbach und Katterbach

Herr Ziffus fragt, was die Verwaltung gegen die durch den Mutzbach und den Katterbach in weiten Teilen von Nußbaum und Schildgen/Klutstein bestehende erhebliche Hochwassergefahr, die seit den Veröffentlichungen des Wupperverbandes vor einigen Jahren bekannt sei, unternommen habe und ob die betroffenen Anwohner unterrichtet worden seien.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Ziffus: Anfrage zum Hochwasserschutzkonzept am Saaler Mühlenbach

Herr Ziffus fragt, welche Rolle der Bensberger See im Hochwasserschutzkonzept am Saaler Mühlenbach spiele. Er bittet um die Benennung konkreter Zahlen.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Ziffus: Anfrage zur Gewässerbelastung

Herr Ziffus fragt, wie hoch die auch nach dem Bau von Rückhaltebecken immer noch vorhandene mineralische BSB5- und CSB-Belastung für den Bensberger See aus den fünf Überläufen der Bensberger Mischwasserkanalisation in den Milchbornbach sei.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Galley: Anfrage zum Schwimmbad Mohnweg

Herr Galley fragt, wie lange die Verwaltung eine Nutzung des Schwimmbades Mohnweg vor dem Hintergrund, dass die Baumaßnahme im Nothaushalt wohl nicht darstellbar sei, noch für vertretbar halte, ohne Gefahren für Gesundheit und Leben der Badbenutzer zu riskieren.

Herr Urbach antwortet, in der Investitionsplanung befinde sich eine Position für einen Abriss in einem der nächsten Jahre und den Wiederaufbau einer Turnhalle im darauf folgenden Jahr. Er hoffe aber, dass das Schwimmbad Mohnweg noch möglichst lange nutzbar sei, so dass diese Position nicht benötigt werde.

Herr Lang fragt ergänzend, ob das Bad durch einen Verkauf der Wertpapiere der Bäder GmbH finanziert werden könnte.

Herr Urbach antwortet, dies sei möglich. Es würden sich dann aber die Erträge aus den Fonds verringern und das Defizit der Bäder GmbH vergrößern.

Herr Dr. Fischer: Anfrage zur Investitionsübersicht

Herr Dr. Fischer fragt zur Investitionsübersicht auf Seite 21 des Haushaltsplanentwurfes, ob den Ratsmitgliedern die vorhandene wesentlich detailliertere Übersicht zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Urbach antwortet, diese von ihm selbst angefertigte detaillierte Übersicht sei noch nicht fertig gestellt. Wenn dies der Fall sei, werde die Verwaltung die Übersicht zur Verfügung stellen.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zum Nicolaus-Cusanus-Gymnasium

Frau Beisenherz-Galas fragt, ob die Verwaltung für die Sanierung des erheblichen Schadens am NCG ebenfalls in die Vorfinanzierung treten werde. Der Schaden sei ebenfalls durch Sanierungsarbeiten entstanden und schon seit eineinhalb Jahren seien einige Räume nicht benutzbar. Die Stadt befinde sich nach ihrer Kenntnis auch in diesem Fall in einem Rechtsstreit mit der Versicherung.

Herr Martmann antwortet, der Fall ähnele zwar dem Schaden an der IGP, sei mit diesem in seinen Ausmaßen jedoch nicht vergleichbar. Die Verwaltung habe sich entschieden, in Vorleistung zu tre-

ten und die Arbeiten kurzfristig durchzuführen, da man auf den Ausgang des Prozesses nicht warten könne.

Herr Orth: Anfrage zur Einrichtung von E-Mail-Adressen für Ratsmitglieder

Herr Orth fragt, ob es möglich sei, für die Ratsmitglieder über die Homepage der Stadt eine E-Mail-Adresse einzurichten. Damit könnten auch in Bezug auf die Zustellung von Unterlagen Kosten gespart werden. Er schlage das einheitliche Muster „@stadt-gl.de“ vor.

Herr Urbach antwortet, auch Herr Höring habe eine entsprechende Anfrage gestellt. Das Thema werde bei der nächsten Fraktionsvorsitzendenbesprechung erörtert. Es liege ein Vorschlag vor, die E-Mail-Adressen nach dem folgenden Muster einzurichten: Vorname.Nachname@stadtrat-gl.de. Dies würde wahrscheinlich Kosten in Höhe von unter 1.000,- EUR jährlich verursachen.

Dieser Kostenprognose wird von Herrn Orth widersprochen.

Herr Urbach erläutert, die Kosten könnten eventuell geringer sein, wenn auf eine bestehende Domain zugegriffen werde.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.